

# Die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz bewahrt auch in der Corona-Krise ihre Traditionen

## Eine Streitschrift aus Eltern-Sicht.

Als ich vor 20 Jahren noch auf eine rheinland-pfälzische Schule ging, gehörte die morgendliche Sichtung des Vertretungsplans fest zum Alltag. Welcher Lehrer wird wohl ausgefallen sein? Wie viele Freistunden wird es in den kommenden Tagen geben? Können wir vielleicht sogar ausschlafen? Schon damals war der Lehrermangel, teils durch die fehlende Motivation des Kollegiums, deutlich spürbar und steht in einer Reihe von unzerstörbaren Traditionen der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik. Diese wurde seit Jahrzehnten - also auch traditionell - von der SPD geprägt, die es heute immerhin geschafft hat, unser Bundesland auf einem guten Mittelfeldplatz in den bundesweiten Rankings zu platzieren. Wohlgermerkt in einem Staat, der im europäischen Vergleich auch Mittelmaß ist und in den kommenden Jahren bekanntlich eine riesige Aufgabe beim Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Sozialsystemen haben wird.

Heute geht unser Sohn in die Grundschule, sofern man dies zulässt. Schon bei der Einschulung und den ersten Elternabenden lernten wir, wohlgermerkt auf einer "Schwerpunktschule" mit ein wenig Zusatzpersonal für Förderkinder, den hohen Anspruch unseres Bildungssystems kennen. Man möchte, und das ist zunächst wirklich kein falsches Anliegen, schon von Beginn an für soziale Gerechtigkeit sorgen. Wieder so ein traditionelles SPD-Ding, auch wenn die Wähler es den Genossen schon einmal mehr abgenommen haben. Es gibt zusätzliche Betreuung für besonders zu fördernde Kinder. Schreiben nach Gehör, um den Schülern nicht gleich die Motivation bezüglich der Rechtschreibung zu nehmen. Bei Leistungskontrollen "Federaufgaben" für die kleinen Erfolgserlebnisse, auch wenn man nichts begriffen hat. Und sitzen bleibt man nur noch, wenn es alle Beteiligten wünschen. Bei all den gut gemeinten und hier nicht tiefer diskutierten Versuchen, alle Schüler auf dem Bildungsweg mitzunehmen, muss man sich in der aktuellen Corona-Situation die Augen reiben: Sozial benachteiligte Kinder müssen am meisten leiden. Sie haben wie die anderen kaum Unterricht und kommen oftmals aus Haushalten, in denen Erreichbarkeit, Motivation und Fähigkeiten für eine Unterstützung durch die Eltern kaum vorhanden sind. Die Monate vergehen, weitere Krisen werden kommen und das war es dann vollständig mit der viel gepriesenen sozialen Gerechtigkeit in der Bildung. Wenn sie bei der dünnen Personaldecke denn überhaupt funktioniert hätte.

Auch sonst droht erstmals seit dem zweiten Weltkrieg eine ganze Generation von Bildungsverlierern. Zunächst haben wir die schwierige Corona-Situation, in der die Schulpflicht für die Schüler und die Präsenzplicht für viele Lehrer faktisch abgeschafft wurden. Eine Situation, in der es fast komplett von den Eltern abhängt, wie stark die Verluste durch den fehlenden Unterricht sein werden. Soziale Konsequenzen für Familien, die auf ihre Gehälter angewiesen sind und durch die Betreuungssituation weniger Arbeiten können. Also eine neue Variante des oft zitierten "Wir schaffen das", wobei mit "wir" - und darauf werde ich noch zurückkommen - hauptsächlich die Familien gemeint sind. Auf lange Sicht drohen erhebliche Konsequenzen für Wirtschaft und sozialen Frieden. Und sogar bei der Gleichberechtigung der Geschlechter drohen Rückschritte, da die Mütter meist weniger verdienen und sich wieder verstärkt um die Kinder kümmern. Auch hier sind einige Themen

aufgezählt, die bei unseren Regierungsparteien mit unterschiedlichen Schriftgrößen auf den Fahnen stehen und in Mainz somit eigentlich für einen großen Alarm sorgen sollten.

Der Alltag der Schüler im Land sieht sehr unterschiedlich aus. Während die einen tageweise in den Unterricht gehen, sind andere bereits in den erweiterten Sommerferien. Bei uns gibt es morgens 2 Stunden Deutsch und Mathe für die halbe Klasse und bis zum Mittag ist die andere Hälfte in der Schule. Die Umsetzung könnte aus einem Lehrwerk für Ineffizienz stammen: Im Klassenraum erscheint eine verhinderte Lehrkraft auf dem Großbildschirm und vermittelt 2x am Tag den gleichen Inhalt. Eine weitere passt auf die anwesenden Kinder auf und bei den anderen überwacht zu Hause ein Elternteil - so hoffen wir es - die Bearbeitung der Hausaufgaben. Das Wort Schulpflicht braucht man in dem Zusammenhang auch nicht mehr zu verwenden.

Auch kann man sich dem Eindruck nicht erwehren, dass in Rheinland-Pfalz ein wahrer Flickenteppich an Beschulungs-Konzepten entstanden ist. Es gibt natürlich viele Mitspieler im Bildungssystem und nicht alles, was man sich in Mainz ausdenkt, wird an den Schulen gleich verstanden und umgesetzt. Aber man muss sich auch über nichts wundern, wenn im Vorwort einer Handreichung des Pädagogischen Landesinstituts folgender Satz steht: "Wir möchten an den individuellen Herausforderungen und Ausgangslagen der Schulen vor Ort ansetzen und sind uns bewusst, dass es nicht für alle Schulen und Familien eine einheitlich richtige und gültige Lösung geben kann." Mit einer solchen Formulierung lässt man den Verantwortlichen vor Ort die absolute Freiheit, die Probleme völlig unzureichend bis höchst erfolgreich zu lösen und gibt von Anfang an einiges an Verantwortung ab. Und wenn die Kollegen vor Ort zu denen gehören, die das Denken bevorzugt an die nächste Hierarchieebene abgeben, ist der Schuldige immer da, wo man gerade nicht nachfragt. Das ist bequem für alle Entscheider, aber wir stärken neben der sozial bedingten eine weitere, traditionelle Chancenungleichheit: Die zwischen Schülern verschiedener Schulen, die dann auf dem weiteren Bildungsweg zusammen unterrichtet und benotet werden.

Was dem Fass den Boden vollständig ausschlägt, war die proaktive Befreiung von Lehrern vom Präsenzunterricht für bestimmte Altersklassen und Risikogruppen nach den RKI-Kriterien. Man stelle sich das nur einmal vor: In den Produktionshallen, Werkstätten und Büros des Landes würden solche Freiheitsgrade bestehen. Kein Arbeitgeber würde sie nutzen. Es würde wirtschaftlich alles zusammenbrechen, was es in diesen Zeiten nicht schon ohnehin getan hat. Überall in der Privatwirtschaft müssen die hygienischen Rahmenbedingungen geschaffen werden und dann besteht Arbeitspflicht. Aber in diesem Zusammenhang war auch die Hoffnung auf ein Gerichtsurteil der letzten Tage vergebens. Ein Lehrer wurde vom Landgericht Koblenz zum Förderunterricht verdonnert, da das Gericht die hygienischen Maßnahmen zu seinem Schutz als gegeben ansah. Bildungsministerin Hubig stellte zuletzt im Interview der Rheinpfalz klar, dass der betreffende Pädagoge an einer Privatschule beschäftigt sei und nicht an einer staatlichen. Eine nicht nachvollziehbare Unterscheidung innerhalb einer systemrelevanten Berufsgruppe - zugunsten der Staatsbediensteten. Dazu stellte die Ministerin in Aussicht, dass Lehrer an öffentlichen Schulen ab dem neuen Schuljahr ein ärztliches Attest bräuchten, um dem Präsenzunterricht fernbleiben zu dürfen. Die Zukunft wird zeigen, ob das funktioniert. Ein Brief des Ministeriums an die Schulleiter von Anfang Juni bleibt hier vage, auch was die Vorstellung beim Amtsarzt angeht. In der Krise wurden von uns allen immer wieder Solidarität und Geduld gefordert, aber hiervon sind einige Staatsbedienstete faktisch ausgenommen. Davon

betroffen sind auch diejenigen Lehrer, die mit viel Herzblut die Fehlzeiten zu kompensieren versuchen.

Womit wir wieder zurück bei den Traditionen wären: Jetzt sieht man klar und deutlich, welche Auswirkungen es hat, wenn man den Lehrermangel über viele Jahre nur verwaltet. Die Bildungskrise ist kein Produkt von Corona. Corona simuliert nur den Notfall, den wir bei den vielen anstehenden Renteneintritten in der Lehrerschaft und in weiteren Ausnahmesituationen noch erleben werden. Dabei ist die Krise noch nicht vorbei: Wir müssen uns dauerhaft auf mindestens lokale Ausbrüche einstellen. Über solche Ereignisse berichtet die Presse bereits jetzt und in Deutschland sind schon einige Schulen wieder geschlossen. Oder wenn uns nächstes Jahr die Grippe einmal wieder stärker erwischt und der Schutz des Lebens wieder wichtiger wird, als die Menschen leben zu lassen. Wo bleibt denn das Bemühen, das offensichtliche Personalproblem zu lösen? Sollen wir vollständig auf Teleunterricht umsteigen oder die Kinder wie in den alten Volksschulen jahrgangsübergreifend unterrichten lassen? Während bildungstechnisch erfolgreichere Staaten flexibel und mit einem beneidenswerten Betreuungsschlüssel agieren können? Und warum interessiert das alles so wenige, wo wir doch die Zukunft unserer Kinder verspielen? Ist wirklich der neue Generationenkonflikt eingetreten, in dem eine satte Mehrheit seine Schäfchen im Trocknen hat, während andere die Krise bei vollem Gehalt aussitzen? Oder gibt es mehr Eltern, als ich denke, denen Bildung egal ist oder die sich und ihre Kinder für so talentiert halten, dass sie immer vorne dabei sein werden?

Natürlich kann man einer solchen Streitschrift einiges entgegenhalten. Zum Beispiel, dass es den Schülern in anderen Staaten schlechter geht verbunden mit dem in der Merkel-Ära mantraartig wiederholten, aber inhaltsleeren Satz, dass die Verantwortlichen es ganz gut gemacht hätten. Oder dass nach den Sommerferien alles wieder wie vorher wird und man schon an tollen neuen Konzepten arbeitet. Die Gesundheit geht vor, na klar. Man muss ja auch die Direktoren und Lehrer verstehen, für die das alles nicht ganz einfach war. Verstanden. Man sollte auch Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik haben. Auf jeden Fall. So spielen wir das in den letzten Jahren immer. Nichts lösen, Krisen hinauszögern und mit immer neuem Geld zuschütten, das noch nicht erwirtschaftet wurde. Aber nicht mal das gibt es für die Bildung, die einen zentralen Baustein für unsere gemeinsame Zukunft, unsere Wettbewerbsfähigkeit, die Chancengleichheit und damit unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet. Es gibt da ein paar Traditionen, die man überdenken sollte. Und zwar genau jetzt, bevor es ganz zu spät ist. Oder sind unsere Kinder das nicht Wert?